



Nueva Nicaragua Internacional Informe

21. Jahrgang

Mai 2024

Nr. 244

Nicaragua international aktiv

Wolfgang Herrmann

Nicaragua ist international äußerst aktiv. Die Vermittlung der Nachrichten darüber übersteigt oft das 16seitige Limit von *Nueva Nicaragua Informe*.

Nicaragua gehört der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) an. Das Land nimmt seine Verantwortung im Parlament Zentralamerikas (PARLACEN) und in der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) wahr. Nicaragua gehört zur Gruppe der 77.

Kuba, Nicaragua und Venuezela bilden ein revolutionäres Dreieck, das in fester Solidarität zusammenhält. Für die USA sind sie das „Dreieck des Bösen“. Es ist Zielscheibe ständiger Angriffe und Sanktionen des Imperiums aus dem Norden. Kuba leidet seit über sechs Jahrzehnten unter einer mörderischen Blockade.

Nicaragua ging die strategische Partnerschaft mit der Volksrepublik China und der Russischen Föderation ein, was offensichtlich der Entwicklung des Landes gut tut.



XXIII. ALBA-TCP-Gipfel

Quelle: teleSUR



Am 24. April 2024 fand der XXIII. Gipfel der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) in Caracas, Venezuela, statt. Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro sagte: „ALBA wurde als Alternative zum Neoliberalismus geboren. ALBA hat sich zu einer großen Allianz für das Leben unseres Volkes entwickelt.“

Das Treffen vereinbarte die Strategische Agenda 2030, die fünf Horizonte für die nächsten fünf Jahre festlegte: Wirtschaft, Politik, Soziales, Kultur und Kommunikation. Am Treffen nahmen neben dem Gastgeber die Präsidenten Daniel Ortega (Nicaragua), Miguel Díaz-Canel (Kuba) und Luis Arce (Bolivien), die Regierungschefs Gaston Browne (Antigua und Barbuda), Ralph Gonsalves (St. Vincent und die Grenadinen), Roosevelt Skerrit (Dominica) und Phillip J. Pierre (St. Lucia), der Außenminister von Grenada, Joseph Andall und der Botschafter von St. Kitts und Nevis, Norgen Wilson, teil

Das XXIII. Gipfeltreffen von ALBA-TCP gab eine Erklärung „für die Verteidigung der palästinensischen Sache“ ab. Es wurde vereinbart, das arabische Land zum nächsten Gipfel im Jahr 2026 einzuladen. Die Staats- und Regierungschefs forderten eine „umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung“, die es Palästina ermöglicht, das Recht auf Selbstbestimmung als unabhängiger und souveräner Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt innerhalb der Grenzen vor 1967 auszuüben.“

ALBA-TCP entstand im Dezember 2004 im gemeinsamen Einvernehmen zwischen den Hugo Chávez Frías, Präsident Venezuelas, und Fidel Castro Ruz, Präsident Kubas, als Reaktion auf Washingtons gescheitertes Projekt, der Freihandelszone Amerikas (FTAA). Die multilaterale Organisation wurde als Projekt der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Komplementarität mit Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gegründet. Dem Vorschlag Kubas und Venezuelas schlossen sich Bolivien (2006), Nicaragua (2007), das Commonwealth Dominica (2008), Honduras (2008, bis der De-facto-Präsident Roberto Micheletti 2009 beschloss, ALBA zu verlassen), Antigua und Barbuda (2009), Ecuador (2009, obwohl die Regierung von Lenin Moreno 2018 den Austritt aus der Organisation beantragte), St. Vincent und die Grenadinen (2009), Grenada (2014), St. Kitts und Nevis (2014) und St. Lucia (2021) an.

Präsident Díaz-Canel beschrieb die ALBA-TCP auf dem Gipfel als „Wunderbündnis, das scheinbar unmögliche Projekte wahr werden ließ und Leistungen erbrachte, die in der Gesellschaftsordnung den Bürgern zugute kamen.“ Seit ihrer Gründung hat die Organisation erreicht, dass 5,5 Millionen Menschen mit Hilfe der „Misión Milagro“ ihre Sehkraft wiedererlangt haben. Etwa 5 Millionen Menschen lernten lesen und schreiben, und mehr als 22.000 Gemeindeärzte sind im Einsatz. Die Mitgliedsländer von ALBA-TCP haben eine Bevölkerung von mehr als 63 Millionen Menschen und eine Fläche von 2,23 Millionen Quadratkilometern.

Der Präsident Nicaraguas Daniel Ortega erklärte auf dem Gipfel, dass die Mitgliedsstaaten sich weder verkaufen noch beugen. Sie werden den Kampf für Frieden und die Einheit Lateinamerikas und der Karibik fortsetzen.

Ortega ging auf einige der vom Yankee-Imperialismus begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen das Völkerrecht ein, darunter die Einmischung in die Territorialverhandlungen zwischen Venezuela und Guyana.

Daniel Ortega sagte, dass ALBA-TCP eine Waffe für den Frieden sei und dass sich die Völker Lateinamerikas und der Karibik in einem Kampf befänden, in dem die Imperialisten der Erde versuchen, die lateinamerikanische und karibische Einheit zu zerstören.

Der Premierminister von Dominica, Roosevelt Skerrit, würdigte die Gründer von ALBA-TCP Hugo Chávez und Fidel Castro: „Diese beiden Männer waren in vielen Aspekten der Entwicklung dieser Welt Pioniere... Keine Organisation auf der Welt hat es in so kurzer Zeit geschafft, so viel für so viele Menschen und für so viele Länder zu tun wie ALBA-TCP.“

Der Premierminister von Antigua und Barbuda, Gaston Browne, verurteilte die einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA gegen Venezuela und Nicaragua sowie die Blockade gegen Kuba. Darüber hinaus warnte er, dass „die mächtigen Nationen des Nordens“ sich konsolidieren und eine größere Kontrolle über andere Länder erlangen wollen.

„ALBA muss seine Solidarität und Zusammenarbeit weiter stärken, um sich mit Fragen zu befassen, die mit der Verteidigung der Souveränität, einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, mehr Handel und Investitionen zu tun haben, um uns selbst zu ernähren und um unsere hemisphärische Gruppe zu stärken.“

Der Premierminister von St. Lucia, Philip Joseph Pierre, sagte, sein Land sei ein Freund des Friedens und glaube, dass alle Menschen in Würde leben sollten. Er stellte fest, dass die Probleme der Karibik und Amerikas ähnlich seien, „weil wir ständig gegen Armut und Klimawandel kämpfen und von Ländern diskriminiert werden, die mächtiger sind als wir.“

Er versprach, mit ALBA-TCP zusammenzuarbeiten. Er verurteilte den Völkermord in Gaza und nennt ihn ein Verbrechen gegen das Gewissen der Welt. Der Ministerpräsident sprach sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba und Venezuela aus und stufte sie als unfair und unnötig ein.

Er wünschte Präsident Nicolás Maduro alles Gute für den Wahlprozess und hofft, seiner Amtseinführung im August beiwohnen zu können.

Der Außenminister von Granada, Joseph Andall, dankte ALBA-TCP für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen. Er erklärte, dass sein Land davon überzeugt sei, „dass die Lösung in Haiti vom haitianischen Volk vorangetrieben werden muss.“ Andall verurteilte die Invasion auf das Hoheitsgebiet Mexikos durch die Sicherheitskräfte Ecuadors.

Der Premierminister von St. Vincent und die Grenadinen Ralph Gonsalves, ermutigte junge Menschen die Geschichte ihrer Länder zu studieren. „Junge Menschen können Informationen nicht nur über das Internet erhalten... Unsere Pflicht besteht darin, die revolutionären Prozesse gegen den Imperialismus zu verteidigen.“

Gonsalves betonte, dass ALBA-TCP trotz der Einschränkungen, die sie haben mag, zeigte, dass sie „gut aufgestellt und in der Lage war, das Imperium zu stoppen“. Gonsalves betonte, dass Krieg immer ein Produkt des Imperialismus sei und der Monopolkapitalismus ohne Krieg nicht existieren könne. Der Premierminister forderte die Mitgliedstaaten auf, ihr Engagement für die Organisation zu erneuern. Er erinnerte an die Gründe, warum „wir ALBA beigetreten sind. Es ist wichtig, sich an die Umstände zu erinnern, die dazu geführt haben, dass unser Land Teil der Integration war.“

Der Botschafter von St. Kitts und Nevis, Norgen Wilson, betonte die Bedeutung von ALBA-TCP für die Bewältigung der Herausforderungen der Region und die Förderung von Einheit und Zusammenarbeit.

Darüber hinaus bekräftigte er, dass die ALBA-Länder über natürliche Ressourcen, die Menschen und die Bildungseinrichtungen verfügen. „Jetzt müssen wir bei der Entwicklung unserer Wissenschaft und unserer Technologie strategischer vorgehen, so dass wir diese natürlichen Ressourcen nicht einfach verschenken... ALBA-TCP ist eine Gemeinschaft, die für die Bewältigung vieler unserer Herausforderungen als Region von entscheidender Bedeutung ist.“

Der Botschafter drückte seine Unterstützung für den Aufruf zur Beseitigung der Barrieren, einschließlich der einseitigen Zwangsmaßnahmen, die gegen Kuba und Venezuela verhängt wurden, aus, da diese Sanktionen weiterhin die Lebensqualität aller ALBA-Länder beeinträchtigen.

In einer Zuschaltung prangerte der Präsident Mexikos Andrés Manuel López Obrador dem vom US-Außenministerium veröffentlichten Bericht über Menschenrechte an, hinter dem die internationalen Rechten stecken.

„Diese Falken sind die Schläger, die mit der Mafia der Länder und angeblichen Nichtregierungsorganisationen in Verbindung stehen.“

Der Präsident wies darauf hin, dass sich diese Gruppen auch in Ländern wie Ecuador, Argentinien und Guatemala einmischen, was zeigt, dass die Regierung des nördlichen Landes im Niedergang begriffen ist.

„Es ist eine Manie der US-Regierung, sich in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen.“

Ebenso verurteilte er die interventionistischen Praktiken der Vereinigten Staaten, die das politische Defizit dieser Nation aufzeigten. AMLO forderte die USA auf, Mexikos Weg in die Zukunft der regionalen und kontinentalen Integration zu respektieren.

Der bolivianische Präsident Arce kritisierte die USA für die Einmischung in die Innenpolitik seines Landes. Die bolivianische Regierung hat am 24. April den Bericht der USA über die angeblichen Menschenrechtsverletzungen des seit 2022 wegen Terroranschlägen inhaftierten Gouverneurs von Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, zurückgewiesen.

Ebenso betonte er, dass das Dokument die bedeutenden Fortschritte der Regierung bei den Menschenrechten zugunsten von Kindern, Jugendlichen und älteren Erwachsenen nicht erwähnt.

Der Staatsmann erklärte, dass Bolivien sein unerschütterliches Engagement für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte aller Bolivianer bekräftige.

Nicaraguanische Delegation in St. Petersburg

Quelle: *El 19 Digital und Sputniknews.lat*



Vom 23. bis 25. April 2024 fand in St. Petersburg das 12. Internationale Treffen hochrangiger Sicherheitsbeamter unter der Schirmherrschaft des russischen Sicherheitsrates statt. An dem Treffen nahm eine Delegation aus Nicaragua unter Leitung von Laureano Ortega Murillo teil.

Der nicaraguanischen Delegation gehörten Vertreter aus den Führungen der Nationalpolizei, der Armee und von TELCOR an. Schwerpunkt des Treffens war das Thema der Gewährleistung der Informationssicherheit unter den Bedingungen der Bildung einer polyzentrischen Weltordnung sowie der Wahrung der nationalen Identität und der traditionellen Werte der Staaten der Welt als integrale Bestandteile der Aufrechterhaltung von Sicherheit, Frieden und internationaler Stabilität.

Während des Aufenthaltes traf sich der russische Außenminister Sergej Lawrow mit dem Sonderbeauftragten des Präsidenten Nicaraguas Laureano Ortega Murillo, um über Sicherheitsfragen zu diskutieren. „Sicherheitsfragen sind heute von besonderer Bedeutung angesichts der Prozesse, die sich in der Welt unter Bedingungen entwickeln, in denen unsere westlichen Kollegen, angeführt von den Amerikanern, der ganzen Welt zeigen wollen, dass sie das Recht haben, über alles und jeden zu entscheiden und alles und jeden zu verwalten“, sagte Lawrow. Er erinnerte daran, dass der Gründer der FSLN Carlos Fonseca Amador (1936-1976) das Werk „Rückblick auf die säkulare nordamerikanische Intervention in Nicaragua“ schrieb. „Die unipolare Welt geht zu Ende. Neue Machtzentren sind entstanden, darunter Strukturen wie BRICS, die Shanghai Cooperation Organization und CELAC. Die Tage des Kolonialismus und des Neokolonialismus liegen hinter uns. Lateinamerika und die Karibik werden zu einem der Hauptzentren der multipolaren Weltordnung.“

Laureano Ortega Murillo, übermittelte die Grüße von Comandante Daniel Ortega und Rosario Murillo an das Volk und die Regierung der Russischen Föderation. „Wir stehen immer an der Seite des russischen Volkes und der russischen Regierung. Wir gratulieren dem russischen Volk, der Regierung und dem Präsidenten zu den beeindruckenden Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen.“

Aktivisten für den Frieden in Palästina sind mit Nicaragua

Quelle: El 19 Digital



Jeden Tag gehen etwa 30 Aktivisten zu Anhörungen der Gesetzgeber über die Finanzierung des Krieges Israels und heben ihre rot bemalten Hände, um auszudrücken, dass die Kongressabgeordneten Blut an ihren Händen haben. Sie unterbrechen die Debatten, um auf die Heuchelei ihrer Vertreter hinzuweisen und fordern, dass sie keine weiteren Waffen schicken. Manchmal gelingt es ihnen, eine gute Rede zu halten, bevor sie von einem Polizisten verhaftet werden.

Die Demonstranten haben auch ihre Unterstützung für Länder zum Ausdruck gebracht, die das palästinensische Volk verteidigen, wie es Südafrika und Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof getan haben. So versammelten sich wenige Tage bevor Nicaragua seine Argumente gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof vorbrachte, Friedensaktivisten vor der deutschen Botschaft in Washington, um zum Ausdruck zu bringen, dass sie Nicaragua unterstützen.

Eine Woche nach der Anhörung in Den Haag stimmte ein Ausschuss des US-Senats für einen Gesetzentwurf, der Nicaragua weitere einseitige

Zwangsmaßnahmen auferlegen soll. Es schien sich um eine Vergeltung zu handeln, und nicaraguanische Befürworter reagierten schnell, um die Verabschiedung des Sanktionspakets zu stoppen, einschließlich eines dringenden Aufrufs, am nächsten Tag zum Kongress zu gehen.

Am 18. April 2024 fand vor dem Kapitol eine Protestkundgebung statt, um auf die Ungerechtigkeit dieser Zwangsmaßnahmen hinzuweisen und die Achtung der Souveränität Nicaraguas zu fordern. Die Aktivisten erkannten an, dass in Nicaragua Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Trinkwasser und Bildung geachtet werden. Sie dankten Nicaragua für die Erfüllung seiner internationalen Pflicht, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Völkermord zu stoppen.

Die Solidaritätserklärung der Kampagne für eine Zone des Friedens in unserem Amerika wurde anlässlich des Jahrestages des Staatsstreichs 2018 verlesen. Abschließend gratulierten die Aktivisten Nicaragua am 19. April zum Nationalen Tag des Friedens.

Nicaragua vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Quelle: El 19 Digital

Nicaragua erklärte vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York, dass es sich den Reden der Delegation Ugandas und Senegals im Namen der Blockfreien Bewegung für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes anschließt.

In der Botschaft heißt es:

„Seit mehr als 75 Jahren wird vor den Augen der Welt ein ständiger Völkermord am palästinensischen Volk verübt. Die internationale Gemeinschaft ist Zeuge der Fortsetzung dieser Katastrophe. In den letzten sechs Monaten verstößt Israel weiterhin nicht nur gegen die Völkermordkonvention, sondern auch gegen das Völkerrecht. Bis heute wurden bei einer Bevölkerung von etwa 2,3 Millionen Menschen in Gaza fast 34.000 Palästinenser getötet und mehr als 76.500 verletzt, darunter auch Frauen und Kinder.

Der Sicherheitsrat war nicht in der Lage, sein Mandat zugunsten des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu erfüllen und diese Barbarei, die das palästinensische Volk seit Jahrzehnten plagt, zu verhindern. Die Vereinigten Staaten sind daran mitschuldig, weil sie die Entscheidungen dieses Rates manipulieren und Druck auf die Nichtumsetzung eines

dauerhaften Waffenstillstands sowie eine gerechte und dauerhafte Lösung der palästinensischen Situation ausüben.

Nicaragua, das sich seit langem für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und das Völkerrecht einsetzt, hat in brüderlicher Unterstützung des palästinensischen Volkes beim Internationalen Gerichtshof Klagen wegen Verstöße gegen das Abkommen zur Verhütung von Straftaten des Völkermords und anderer Grundsätze des Völkerrechts in Bezug auf das besetzte palästinensische Gebiet, insbesondere den Gazastreifen eingereicht und die uneingeschränkte Achtung der Regeln des Völkerrechts gefordert. Der Frieden muss um jeden Preis und vor allem vorherrschen, um der einzig gerechten und wahren Lösung Platz zu machen. Der Staat Palästina muss als vollwertiges Mitglied der Nationen anerkannt werden. Die aktuellen Umstände bestätigen mehr denn je, dass es dringend erforderlich ist, eine internationale Konferenz über Palästina einzuberufen.

Wir fordern Frieden und Sicherheit im Nahen Osten, wofür eine sofortige Lösung der Palästinafrage erforderlich ist, die ein Ende der Besetzung aller von Israel usurpierten Gebiete bedeutet. Basierend auf der Existenz zweier gleichberechtigter Staaten, Israel und Palästina, muss das palästinensische Volk in Frieden und Sicherheit seine unveräußerlichen Rechte ausüben dürfen. Das ist der transzendente Kern für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region. Die jüngsten Ereignisse bestätigen dies. Es gibt keine moralische, ethische, rechtliche und menschliche Rechtfertigung, die die Hartnäckigkeit rechtfertigt, die Anerkennung des Staates Palästina weiterhin zu behindern und zu leugnen. Mehr als zwei Drittel der UN-Mitglieder unterstützen offiziell die Anerkennung des Staates Palästina als Vollmitglied der Vereinten Nationen. Jeden Tag gehen Millionen Menschen auf der ganzen Welt auf die Straße und fordern einen Waffenstillstand, ein Ende des Völkermords und die Freiheit Palästinas.

Diese unmenschliche Tragödie scheint keine Grenzen zu kennen. Der Sicherheitsrat ist dafür historisch verantwortlich. Es ist an der Zeit, dass die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder noch einmal darüber nachdenken und auf die Stimmen der gesamten Menschheit hören, die nach Frieden und Gerechtigkeit rufen. Denken Sie darüber nach, Ihrer ungerechtfertigten Politik der Verleugnung und Ausgrenzung der unveräußerlichen Rechte der Palästinenser ein Ende zu setzen. Akzeptieren und anerkennen Sie in diesem Sicherheitsrat im Namen des Friedens und des Lebens den Antrag des Staates Palästina.“

Nicaragua nahm am Gipfel von CELAC teil

Quelle: El 19 Digital



Ein Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) verurteilte den Angriff des ecuadorianischen Polizeikommandos auf die mexikanische Botschaft in Quito und erklärte die Solidarität mit dem Volk und der Regierung Mexikos.

Der Gipfel fand am 9. April 2024 in Tegucigalpa, Honduras, unter dem Vorsitz der honduranischen Präsidentin Xiomara Castro statt. Nicaraguas Außenminister Denis Moncada Colindres erklärte, dass die nicaraguanische Regierung am 6. April 2024 ein offizielles Kommuniqué herausgab, in der sie dieses Verbrechen zurückwies und den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen Nicaragua und Ecuador ankündigte. Es sei unzulässig, dass eine Regierung der Region, die nationale Souveränität eines anderen lateinamerikanischen Landes misshandelt.

Moncada erklärte weiter, dass Nicaragua die Entscheidung der mexikanischen Regierung unterstütze, am 11. April 2024 vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) eine Klage wegen der eklatanten Verstöße der ecuadorianischen Regierung gegen die mexikanische Botschaft einzureichen und sein diplomatisches Personal abzuziehen.

In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass sein Land vor 40 Jahren, am 9. April 1984, vor dem Internationalen Gerichtshof Klage gegen die USA einreichte. Nicaragua nutze diese Gelegenheit, um an die historische Schuld der USA gegenüber dem nicaraguanischen Volk zu erinnern, die bisher nicht beglichen wurde.

Der nicaraguanische Außenminister sagte, dass das Hauptziel von CELAC seit der Gründung im Jahr 2010 darin bestehe, die Integration, Zusammenarbeit und Entwicklung der Völker zu fördern. CELAC sei ein Mechanismus für den politischen Dialog.

Das, was die Regierung Ecuadors getan hat, verstößt gegen das Völkerrecht. Sie ist den Verpflichtungen des Wiener Abkommens hinsichtlich der Privilegien und Immunitäten von Diplomaten nicht nachgekommen. Sie bedient imperiale Interessen, um die Konsolidierung von CELAC zu verhindern.

Russland wird BRICS+Partner zum Gipfel einladen

Quelle: TV BRICS



Die russische Föderation wird zum Kasaner Gipfel, der im Herbst dieses Jahres stattfinden wird, nicht nur die BRICS-Mitglieder, sondern auch die Partner des BRICS+Formats einladen. Das erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow am 2. April 2024: „Parallel zum Gipfel wird die Entscheidung zur Einführung der neuen Kategorie ‚Partnerland‘ vorbereitet. Auf der Liste stehen etwa dreißig Länder. Die Gruppe hat nicht nur eine Agenda und Geographie, sondern auch eine globale Dimension erlangt.“

Lawrow stellte fest, dass eine Regionalisierung der globalen Entwicklung stattfindet. Dieser Prozess steht im Einklang mit der Position, die von der Allianz auf globaler Ebene vertreten wird. Im Jahr 2011 schloss sich Südafrika den ursprünglichen Mitgliedern Brasilien, Russland, Indien und China an. Im August 2023 lud sie sechs neue Mitglieder ein: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran und Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Argentinien lehnte nach der Wahl Mileis den Beitritt zum Bündnis ab. Die übrigen fünf Länder traten ihm am 1. Januar 2024 bei.

In Vorbereitung des Gipfeltreffens der BRICS-Staatsoberhäupter im Oktober 2024 in Kasan nutzt die Russische Föderation ihr neues internationales Netzwerk TV BRICS (tvbrics.com). Derzeit sind rund ein Dutzend Medienunternehmen aus Lateinamerika und der Karibik wie *teleSUR* (Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua) und *Prensa Latina* (Kuba) Partner von TV BRICS.

Inhalt:

Nicaragua international aktiv	1
XXIII. ALBA-TCP-Gipfel	2
Nicaraguanische Delegation in St. Petersburg	6
Aktivisten für den Frieden in Palästina sind mit Nicaragua	7
Nicaragua vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	8
Nicaragua nahm am Gipfel von CELAC teil	10
Russland wird BRICS+Partner zum Gipfel einladen	11

Redaktionsschluss: 28. April 2024

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua, in dieser Region und in der Welt, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de